

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 29.08.2025

Antrag: Bebauungsplan für Lindenschmit-Karree aufstellen – weitere Gebiete sichern

- 1) Die Stadt München stellt einen Bebauungsplan auf für das Karree
- Meindlstraße (Osten)
 - Thalkirchner Straße (Westen)
 - Lindwurmstraße (Norden)
 - Wackersberger Straße (Süden).

Ziel ist, die Bebauung von Innenhöfen und damit einhergehende Versiegelung sowie Zerstörung von Grünflächen und Bäumen (wie in der Lindenschmitstr. 25 aktuell strittig) zu unterbinden und Steuerungs- und Sanktionsmöglichkeiten zu bekommen, die dabei helfen auszuschließen, dass Bauherren ungestraft vollendete Tatsachen schaffen (Stichwort Baumfällung), sich eine Genehmigung erklagen (z.B. unter Bezugnahme auf den ‚Kaugummiparagrafen‘ §34 BauGB) oder die Stadt mit falschen bzw. geschönten Angaben an der Nase herumführen.

- 2) Die Bauleitplanung in dem oben genannten Karree inklusive Lindenschmitstr. 25 ist, wenn die Baugenehmigung Lindenschmitstr. 25 zurückgezogen oder auf sonstigen Wegen hinfällig wird, entsprechend zu sichern (z.B. Veränderungssperre).

- 3) Die Stadtverwaltung wird gebeten, weitere gefährdete Straßenzüge (besonders kleine Hinterhöfe mit Grün- und Baumbestand) stadtweit zu identifizieren und bauplanungsrechtlich zu sichern.

Begründung:

Die Stadt München hat offenbar genehmigt, dass ein Investor den begrünten Innenhof des denkmalgeschützten Anwesens Lindenschmitstr. 25 mit 3 Luxuswohnungen bebauen darf. Dafür sollen eine ca. 100 Jahre alte Linde und weitere Bäume gefällt werden.

Der Bezirksausschuss Sendling hat das Vorhaben stets abgelehnt, auch weil 3 Luxuswohnungen die Wohnungsnot nicht lindern. Stattdessen fördern solche Vorhaben nach unserer Ansicht die Verdrängung und treiben die Mieten in der Umgebung hoch.

Die Anwohner schlossen sich in Rekordzeit zur Initiative LIN25 zusammen. Die Aktivitäten von LIN25 führten dazu, dass die Bäume nicht am 28. Juli gefällt wurden – mitten in der Schonzeit nach Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), die von 1. März bis 30. September

dauert. Hut ab vor der Gartenbaufirma, die sich vor Ort dagegen entschied, so alte Bäume zu zerstören!

Die Initiative tut jetzt alles, um eine Überprüfung der Baugenehmigung und ihres Zustandekommens sowie einen Baustopp zu erreichen. Bei einer Veranstaltung haben die Initiative und Bezirksausschuss-Vertreter dies klar kommuniziert. Es könnte sein bzw. erscheint auch uns wahrscheinlich, dass die Stadt München bei der Genehmigung von falschen Voraussetzungen ausging und sie zurückgezogen werden muss. Die Tatsache, dass der Investor den Anwohnern offenbar das Betreten ihres Innenhofes verbietet, lässt keine guten Absichten erahnen.

Auch die Prüfung von Brand- und Denkmalschutz ist offenbar neu aufzurollen. Darüber hinaus liegt das Grundstück in einem Erhaltungssatzungsgebiet.

Es wäre wichtig, dass diese Baugenehmigung, bei der die Stadt möglicherweise ausgetrickst wurde (anders lässt sich diese Genehmigung nicht erklären), zu Fall kommt, damit nicht unter so dubiosen Umständen auch noch ein Präzedenzfall entsteht und sich weitere Investoren einklagen können, um anschließend die Nachbarhinterhöfe zu zerstören.

Um solche baulichen Auswüchse künftig im Keim zu ersticken, ist es notwendig, so wie in vielen Umlandgemeinden längst üblich (siehe z.B. die bundesweit beachtete jahrzehntelang praktizierte Bauleitplanung in Gräfelfing), in großem Stil mit Bebauungsplänen zu arbeiten. Nur so behalten die Nachbarn, die Stadtviertel und die ganze Stadt noch halbwegs Luft zum Atmen.

Die Praxis, dass – wie offenbar auch hier – oft nach dem ‚Kaugummiparagrafen‘ §34 Baugesetzbuch (BauGB) genehmigt wird und man das größte Gebäude in der Umgebung als Bezugsobjekt nimmt (wobei ein Investor am liebsten den nächsten Wolkenkratzer als Bezugsobjekt hätte, obwohl der objektiv ziemlich weit weg steht, und dann die Kommune vor Gericht zwingt), sodass jeder Nachbar ebenfalls einen Riesenklotz in den Hinterhof stellen darf, ist schärfstens zu kritisieren und muss beendet werden.

Initiative:

Dirk Höpner (Stadtrat, Planungspolitischer Sprecher)